



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 11. November 1880.

Nr. 530.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 10. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Am Ministertisch: Napbach, Graf zu Eulen-

burg und mehrere Kommissarien.

### Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht der Budgetkommission

über den Gesetzentwurf betr. den Bau einer Weichsel-

eisenbahn.

Referent Abg. Frhr. v. Minnigerode

beantragt Namens der Kommission, dem Gesetzent-

wurfe die Zustimmung zu erteilen. Danach wird

die Staatsregierung ermächtigt, die auf 1,130,000

Mk. veranschlagten Grunderwerbsteuern zum Bau

einer Bahnlinie von Marienburg über Marienwer-

der und Graudenz nach Thorn ebenfalls auf Staats-

fonds zu übernehmen.

Der Antrag der Kommission wird ohne De-

batte genehmigt.

II. Beratung des Antrages des Abg. v. von

Torres wegen Einstellung des bei dem Landgericht

zu Thorn gegen den Abg. v. Lyskowski anhängigen

Strafverfahrens.

Der Antrag wird ebenfalls ohne Debatte ge-

nehmigt.

III. Erste Beratung des Entwurfs einer Kreis-

ordnung für die Provinz Schleswig-Holstein in

Verbindung mit dem Gesetzentwurf betreffend die

Einführung der Provinzial-Ordnung in derselben

Provinz.

Abg. Schütt: Er und seine Freunde aus

Schleswig-Holstein könnten sich nur dann mit dem

Gesetzentwurf einverstanden erklären, wenn gewisse

Bestimmungen der Kreisordnung, welche alte be-

währte Institutionen der Provinz in Frage stellen,

in zwei Punkten geändert würden. Der erste

Punkt betreffe die Beibehaltung der Distriktsbeamten

bei der Verwaltung der ländlichen Polizei, der

zweite die Art und Weise, wie die Vorlage dispo-

nirt über die Zusammensetzung des Kreistages.

In ersterer Beziehung müsse er sich entscheiden ge-

gen die dadurch veranlasste Beschränkung der Selbst-

verwaltung erklären. Das Latenelement sei in der

Provinz befähigt genug, um als Amtsvorsteher fun-

gieren zu können. Auch zur Uebernahme der Po-

lizeigewalt sei dasselbe vollkommen geeignet. Was

die Zusammensetzung der Kreistage anlangt, so sei

nach der Vorlage eine Vertretung des Großgrund-

besitzes in Aussicht genommen, wie dies bisher nicht

bekannt gewesen. In einzelnen Kreisen sei der

Großgrundbesitz ein geringer, trotzdem befände er sich

nach der Vorlage im Besitze einer gleichen Anzahl

aristokratische Selbstverwaltung zu schaffen gedachte.

Statt dieser lokalen aristokratischen Selbstverwal-

tung erscheine in der neuen Vorlage immer mehr

die reine Bureaokratie. Die Gründe, welche gegen

die Einführung des Instituts der Amtsvorsteher

geltend gemacht werden, theile er nicht. Daß die

Bevölkerung in den neuen Provinzen diesem Insti-

tut abgeneigt sei, glaube er nicht. Auch die politi-

schischen Bedenken könne er nicht gelten lassen. Im

Allgemeinen kann Redner den Dualismus nicht

billigen, welcher auf diese Weise in den Provinzen

der Monarchie bezüglich der Verwaltung sich aus-

bilde. Die Folge werde sein, daß die bureau-

kratische Verwaltung, welche jetzt in den neuen

Provinzen etabliert werde, demnächst mehr und

mehr auch auf die östlichen Provinzen übertragen

werde.

Abg. Graf Baudissin hält sich davon

überzeugt, daß die Einführung der Amtsvorwaltung

auch unter den gegenwärtigen politischen Verhält-

nissen möglich sei. Er und seine politischen Freunde

werden deshalb für die Einführung der Amtsvor-

waltung stimmen, wenn nicht ein besserer Beweis

dafür angetreten werde, daß diese Institution sich

für Schleswig-Holstein nicht eigne, wie dies in der

Vorlage geschieht.

Minister des Innern Graf zu Eulen-

burg konstatirt zunächst, daß ein eigentlicher

Widerspruch gegen die Uebertragung der Kreisord-

nung auf Schleswig-Holstein nicht erhoben worden.

Die Bedenken, welche gegen die Vertretung des

Großgrundbesitzes erhoben worden, seien unbegrün-

det. Es sei nicht möglich, in Beziehung auf die

Kreisvertretung der Vorlage eine rechnungsmäßige

Grundlage zu geben. Der Provinzialbesitz des Gro-

ßgrundbesitzes sei allerdings in der Provinz Schles-

wig-Holstein ein etwas geringerer als in den übr-

igen Provinzen, aber doch sei derselbe von hoher

und erheblicher Bedeutung. Auch werde Niemand

in Abrede stellen, daß ähnliche Verhältnisse auch in

den älteren Provinzen beständen. Was das Insti-

tut der Amtsvorsteher anlange, so stehe fest, daß

in der Provinz zwei Strömungen vorhanden seien,

von denen die eine für die Einführung, die andere

gegen dieselbe ist. Dem gegenüber nehme der Vor-

schlag der Regierung, statt der Amtsvorsteher Di-

striktsbeamte zu belassen, sich ganz anders aus.

Die Regierung habe die Frage sehr eingehend ge-

prüft und sei zu dem Resultate gekommen, daß die

Einführung des Instituts der Amtsvorsteher in der

Provinz Schleswig-Holstein gegenwärtig nicht mög-

lich sei. Die Selbstverwaltung der Polizei habe

nur in ganz kleinen Distrikten stattgefunden. Wie

die Verhältnisse sich in dieser Provinz gestalten, sei

auch nur eine geringe Neigung zur Uebernahme der

Polizeigewalt in den ländlichen Gemeinden vorhan-

den. Aber auch politische Bedenken stellen sich der

Einführung dieses Instituts entgegen; es empfehle

sich nicht, die Einrichtung der Polizei in Nord-

schleswig anders zu gestalten, als in den übrigen

Theilen der Provinz. Es würde das einen nach-

theiligen Einfluß auf die Entwicklung der Verhält-

nisse in jenen Distrikten und der Nationalitäten zu

einander üben.

Abg. Dr. Hänel: Die Ausführungen des

Ministers haben ihn in hohem Grade überrascht.

Was der Herr Minister "Strömung" nennt, das seien

nichts als bureaukratische Bedenke, die er sich habe

kommen lassen. Die nationale Agitation in Nord-

schleswig beschränke sich auf einige wenige Distrikte,

die sehr bald verschwinden werden. Der Minister

habe selbst erklärt, daß es sich nicht empfehle, ver-

schiedenes Recht in Beziehung auf die kommunale

Selbstverwaltung zu statuieren. Schleswig-Holstein

solle aber in dieser Beziehung ein minderes Recht

als den übrigen Provinzen eingeräumt werden. Der

von dem Minister des Innern eingeschlagene Weg,

die Kreisordnung zunächst in Provinzen einzuführen,

wo die Verhältnisse schwer zu übersehen sind, sei

faßlich. Es gelte dies in erster Linie von Schles-

wig-Holstein. Es hätten zunächst diejenigen Prin-

zipien festgestellt werden müssen, welche für die Pro-

vinzen Rheinland und Westfalen festzuhalten sein

würden. Sorge man zunächst dafür, wo es irgend

möglich ist, die Amtsvorsteher mit einer kommunal-

en Dienstgewalt zu umgeben. Die Inkommunali-

sierung der lokalen Polizei schmecke der einzige Grund-

gedanke der Vorlage zu sein, und das sei zugleich

der Grundfehler der ganzen Kreisordnung. Das

sei der letzte Angriff auf die kommunale Entwick-

lung in Schleswig-Holstein. Ueberall in Schles-

wig-Holstein finde man vollkommen ausgebildete

Sammellgemeinden oder wenigstens die werthvollsten

und nur der Pflege bedürftigen Ansätze dazu. Hier-

auf mußten die neuen Einrichtungen basirt werden.

Statt dessen zeige die Vorlage ein geradezu feind-

seliges Verhalten zu diesen Ansätzen. Er sei gewiß

ein guter Liberaler, aber er müsse sagen, die Ein-

griffe, die man hier in eine ganz gesunde, entwik-

lungsfähige Organisation macht, seien ihm viel zu

revolutionär. (Heiterkeit.) Die Vorlage werfe in

diese Organisation den Unterschied von Groß und

klein hinein, der nirgends einen Ansatz findet und

der auch nicht im Sinne der Kreisordnung ist.

Zeigen Sie mir, ob Sie diesen Unterschied in Rhein-

land und Westfalen durchführen können? (Abg.

Dr. Petri: Da bewahre uns Gott davor!)

Nun, dann bewahren Sie auch uns vor dieser

Neuerung! — Das Institut der Amtsvorsteher sei

in Schleswig-Holstein nicht neu; es liege deshalb

gar kein Grund vor, dasselbe jetzt der Provinz vor-

enthalten zu wollen. Wenn er alles das entwickeln

solle, was die Vorlage in Bezug auf die Aemter

vorschlägt, dann würde er viel Zeit brauchen; es

schle ihm hierzu aber auch das nöthige Material.

Daher dasselbe könne er gar nicht in eine Diskus-

sion über die Vorlage eintreten.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Schütt wird hierauf genehmigt.

IV. Erste Beratung des Entwurfs einer

Kreisordnung für die Provinz Posen in Verbin-

dung mit dem Gesetzentwurf betreffend die Ein-

führung der Provinzial-Ordnung in der Provinz

Posen.

Gegen die Vorlage nimmt das Wort zunächst

Abg. v. Stabrowski (Pleschen). Der Grund-

gedanke seiner unverständlichen Rede ist der, daß die

bestehende Ausnahmegeretzgebung einer Kreisordnung,

wie sie die Vorlage bietet, vorzuziehen sei. Er be-

treitet, daß auf diesem neutralen Verwaltungsge-

biete in der Provinz Posen nationale Gegensätze

überhaupt vorhanden seien. Sollten sie doch her-

vortreten, so trage der Kulturkampf hieran die

Schuld. Die Kreisordnung von 1872 in Posen

einzuführen, aber die Distrikts-Kommissare in Fun-

ktion belassen, ohne die Amtsvorsteher einzuführen,

bedeute an sich nichts weiter als die Aufrechterhal-

tung des bestehenden Zustandes.

Abg. G.ünter spricht für die Vorlage.

Dieselbe sei nichts weiter als die Konsequenz der

allgemeinen Landes-Organisation und die Vorzüge

dieser Organisation seien auch allgemein so hoch ge-

schätzt, daß man diese Vorlage auch für die Pro-

vinz Posen nur mit Freuden begrüßen könne. Wenn

die Regierung zur nationalen Sicherheit einige Rau-

telten geschaffen, so habe sie nur ihre Pflicht ge-

than. Das Institut der Amtsvorsteher in der Pro-

vinz Posen einzuführen, halte er wegen der nation-

alen Gegensätze für bedenklich. Würde es den-

noch geschehen, dann würde doch sehr bald eine

kommissarische Vertretung notwendig werden, was

auch gegenwärtig schon sehr schmerzhaft als ein Vorzug

betrachtet werden möchte. Aus gleichen Gründen

erklärt sich auch Redner für die Beibehaltung des

Instituts der Distrikts-Kommissare, von welchen der

nächstfolgende Redner,

Abg. Magzinski, behauptet, daß das-

selbe wesentlich dazu beigetragen, die nationalen Ge-

gensätze in der Provinz Posen zu verschärfen. Wollte

man bei der polnischen Bevölkerung Vertrauen zu

den Kreisräthen erwecken, so müsse man auch

dafür sorgen, daß sie in diesen Körperschaften zur

Ordnung kommen. Sie habe das Gefühl, als ob

sie überall in der Minorität bliebe. Selbst wenn

man annehmen wollte, es wäre möglich, den Kreis-

tag oder sonst eine Einrichtung der Selbstverwal-

tung zu Ungefügigkeiten zu mißbrauchen, so habe

ja die Regierung jeder Zeit das Recht, einen sol-

chen Verwaltungskörper aufzulösen. Die Regierung

würde gut thun, die polnische Bevölkerung nicht

noch weiter mit der bisherigen Härte zu be-

handeln.

Abg. Hahn (Kons.): Wenn wir hier von

den polnischen Mitgliedern ermahnt werden, mit der

alten Feindseligkeit aufzuhören, so möchte ich doch

sagen, daß es sich hier gar nicht um eine Feind-

seligkeit, sondern nur um eine Abwehr handelt, da

auch die Deutschen sich nicht von ihrer nationalen

Grundlage verdrängen lassen wollen, und die Noth-

wendigkeit, eine solche Grundlage zu gewinnen oder

zu behalten, ist auch der Grund, weshalb diese

Vorlage für Posen etwas modifizirt an uns heran-

tritt. Die Meinung des Herrn Abg. G.ünter

theile ich nicht, denn durch das Gesetz über die Or-

ganisation der Landesverwaltung ist doch in Aus-

sicht genommen, eine gleichmäßige Verwaltung über

das ganze Land herbeizuführen, und zwar möglichst

balb. Da man den Kreisrath für Posen nicht

für rathsam hielt, hat man vorgeschlagen, die Be-

fugnisse desselben in den Provinzial-Landtag zu

legen, und da von verschiedenen Seiten die ver-

schiedensten Vorschläge in Bezug auf diese Frage

gemacht wurden, so hat die Regierung nicht umhin

genommen, mit ganz bestimmten Vorschlägen für die

ganze Provinzial-Verwaltung hier hervortreten.

Da glaube ich nun, muß es als unbedingt geboten

erachtet werden, die Ausführung der Amtsgewalt in

Posen in den Händen der Polizei zu belassen. Ich

habe von vielen angesehenen Bewohnern dieser Pro-

vinz die Aeußerung hören müssen, daß sie nicht im

Stande wären, ein solches Ehrenamt zu überneh-

men, und daß selbst die Polen, wo sie es können,

wenig Neigung haben, in ein solches Amt einzut-

reten, oder gar, wenn sie es übernommen, auch

auszuüben. Dagegen findet das Institut der Di-

strikts-Kommissare in neuerer Zeit nur noch sehr

wenig Ansehen, da die Bevölkerung, die größtent-

heils nicht lesen und schreiben kann, den zahlreichen zur

Disposition stehenden Beamten dieses Amt gern

überläßt. Wie durch die Bestimmungen der Vor-

lage die Besorgnis Nahrung erhält, daß nunmehr

blos immer Deutsche in die Vertretungskörper der

Provinz gewählt werden könnten, das begreife ich

nicht. Ich finde keinen Anhaltspunkt dafür. Ich

halte aber dafür, daß die königliche Regierung gut

thut, bei Befugung der Aemter möglichst auf Ein-

geseffene zu rekurriren, wie es die königliche Kabi-

nettsordre von 1833 als erforderlich hinstellt. Die

Eingliederung des Latenelements in die Verwaltung



die Frage unzutreffend, ob die Regierung sich zu schwach fühlte, um die Kreisordnung ohne diese Kautelen in der Provinz Bosen einzuführen, denn die Kautelen sind hauptsächlich nötig im Interesse der dort lebenden Bevölkerung. Es handelt sich also gar nicht um eine Schwäche oder Stärke der Regierung. Wenn aber die Frage in Betracht kommen sollte, dann hat die Regierung in dieser Vorlage den Beweis geführt, daß sie sich stark fühlt, dasjenige vorzuschlagen, was sie im Interesse einer Provinz für nötig hält, auch wenn sie voraussetzt, daß sie bei einem Theile derselben auf starke Opposition zu rechnen hat. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt, ein solcher auf Vertagung angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, 3. Beratung des Gesetzes wegen der Weichselhärtedahn und Beratung mehrerer finanzieller Vorlagen und Rechnungsbücher.

Schluß 4¼ Uhr.

### Provinzielles.

Stettin, 11. November. Seit heute Morgen wehen von dem hiesigen Postgebäude die Trauerflaggen, der Kais. Ober-Post-Direktor, Geh. Post-Rath Paul Otto Gruber (geb. am 31. Juli 1821) ist in vergangener Nacht plötzlich verstorben, nachdem er seit dem 1. Juli 1868, an welchem Tage er von Straßburg nach hier versetzt wurde, seine Stellung mit Umsicht und Energie verwaltet und sich zu jeder Zeit die Liebe und Achtung seiner Beamten zu erwerben wußte.

Berantlastet jemand einen Hypothekengläubiger, bei der Subpation des von ihm beliehenen Grundstücks von der Mitbietung Abstand zu nehmen, indem er ihm die vollständige Bezahlung des Ausfalls seiner Hypothek bei der Subpation zusichert, so hat er nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, I. Zivilsenats, vom 24. September d. J., für diesen Ausfall aufzukommen, auch wenn er mit der gedachten Zusicherung es nicht ernstlich gemeint, sondern dieselbe nur als Vorwand benutzt hatte, um den Gläubiger von der Mitbietung abzuhalten.

Wir erhalten aus Ottawa im Staate Illinois folgendes vom 15. October datiertes Schreiben:

Geehrter Herr!

Da kürzlich verschiedene Deutsche, die von Ihrer Provinz hierher kamen, von hiesigen sogenannten „Agenten“ arg betrogen worden sind, erlaube ich mir, diese Zeilen an Sie zu richten, um wo möglich einen ähnlichen Vorfall für die Zukunft zu vermeiden. Vor drei Wochen kamen nach Chicago circa 30 Familien und stellten Nachfrage nach einem gewissen Karl Baumann (sogenannter Agent) an, der aber nicht gefunden werden konnte. Verschiedene an die Einwanderer gerichtete Fragen brachten zu Tage, daß diese mit dem Agenten Baumann in Korrespondenz gestanden hätten und daß er nach Austausch verschiedener Briefe ihnen versprochen hatte, wenn ihm jede Familie 10 Thaler schickte, er sie in New-York in Empfang nehmen, nach Chicago begleiten und danach sehen würde, daß alle gute Beschäftigung sowohl wie gute Wohnungen für 3 Monate unentgeltlich erhielten. Außerdem hatte er ihnen verschiedene andere Versprechungen gemacht. Das Geld wurde geschickt, und als sie jetzt hier ankamen, war weder der Herr Baumann noch dessen angepriesene Wohnungen oder Beschäftigung zu finden und mußten sie von hiesigen Leuten mit Nahrungsmitteln versorgt werden, da die meisten weder Geld, Freunde noch Bekannte hatten.

Da solche Fälle sehr häufig sind, möchte ich mich erlauben, durch Ihre werthe Zeitung alle Deutschen zu warnen, nichts mit hiesigen sogenannten „Agenten“ zu verhandeln. Die hiesige Regierung hat keine solche Agenten. Es gibt nur einen offiziellen Beamten im Staate Illinois, und der giebt sich mit solchen Sachen nicht ab. Er hat nur Regierungs-Länderkarten und ausländisches Kapital zu verwalten und dafür muß er Bürgschaft stellen. Obgleich er gewöhnlich gern alle Auskünfte über hiesige Geschäfte, auf etwaige Nachfragen, erteilt, ist er doch nicht dazu gezwungen. Herr Wm. Fourlough, E. B. 1857, Ottawa, Illinois North America, lautet seine Adresse. Er hat sein Haupt-Kontoir in dieser Stadt, dem Zentralplatz der besten Länderkarten sowohl wie Kohlenbergwerke. Doch hat er auch verschiedene andere Zweigkontoire in Florida, Texas u. Der größte Theil der hiesigen Länder sowie Kohlenbergwerke wird mit deutschem und englischem Kapital verwaltet, welches alles von Herrn Fourlough verwaltet wird, doch ist er von der hiesigen Regierung gezwungen, über jeden Pfennig Rechnung abzuliegen. Die Offiziere von einem wohlbekannten preussischen Regiment (I) haben ein gutes Einkommen von diesem Manne. Vor 8 Jahren schickten sie ihm 700 Thaler, wofür er 160 Acker Land kaufte, heute könnte dasselbe Land nicht für 10,000 Thaler gekauft werden, da es sehr fruchtbar ist und verschiedene Acker mit Kohlen besetzt. Außerdem grenzt es an die Stadt Streator.

Hochachtungsvoll ergebend  
Levi Comings.

Die Polizei-Verordnung vom 1. Septbr. 1879 bestimmt, daß jeder Zugang von dem Kommissar binnen 48 Stunden bei dem Revier-Kommissarius gemeldet wird. Bei einer Hausbesitzerin hatte der vielfach bestrafte Arbeiter Karow am 17. Juli eine Wohnung gemietet, derselbe wurde von der Polizei verfolgt und am Morgen des 19. Juli bereits aus seiner Wohnung durch Polizeibeamte abgeholt; die Wirthin glaubte in Folge dessen nicht

nötig zu haben, die polizeiliche Anmeldung von seinem Zugang zu machen, da der Aufenthalt ihres Mannes der Polizei nun bekannt sei; sie wurde jedoch wegen dieser Unterlassung in polizeiliche Strafe genommen. Wegen des Strafmandats erhob dieselbe Widerspruch und stand deshalb in der heutigen Sitzung Termin an, in welchem das Strafmandat lediglich bestätigt wurde, da der Gerichtshof annahm, daß durch die Polizei-Verordnung die Anmeldung jedes Zuganges geboten sei, gleichviel wie lange der Miether in der Wohnung verbleibe.

Der Rentier Lindbärdt wurde im Sommer d. Js., als er die Grenzstraße durchschritt, vor einem Neubau durch einen Maurer Holstein mit Kalk bespritzt. Organ letzterer wurde deshalb eine polizeiliche Strafe von 6 Mark erlassen, gegen welche derselbe auf gerichtliche Entscheidung antrug. Da der Gerichtshof diesen Widerspruch für vollständig unmotiviert hielt, wurde die Strafe auf 10 Mark ev. 3 Tage Haft erhöht.

Vorgestern fand in einer Breitestraße Nr. 11 im Seitenflügel belegen Wohnung ein Garbinnenbrand statt, der jedoch ohne Hinzuziehung der Feuerwehr gelöscht wurde.

Nach einem bei der hiesigen Polizei-Direktion eingetroffenen Telegramm aus Stuttgart ist der Kaufmann und Wirth Heinrich Schöber aus Baiingen in Württemberg am 25. October nach Verübung verschiedener Betrugsereien in Höhe von 9600 Mark hienütig geworden. Herner ist gegen den Diener Friedr. Schupfzig aus Sallen, Kreis Bilkallen, ein Steckbrief erlassen, weil derselbe verdächtig ist, seine Herrschaft um 4000 Mk. betrogen zu haben.

Der Schuhmacher Schacht, ein dem Trunk ergebener Mensch, verließ vor einigen Tagen seine Familie und ließ dieselbe hilflos zurück. Die Frau desselben verließ gestern Mittag gegen 1 Uhr ihre Grenzstraße 19 belegene Wohnung, um Beschäftigung zu suchen, damit sie den Unterhalt für sich und ihre 3 Kinder bestreiten könne. Sie ließ ihre Kinder, nachdem sie dieselben zu Bett gebracht hatte, allein in der Wohnung zurück. Als sie gegen 3 Uhr dahin zurückkehrte, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick dar; ihr 13jähriger Sohn war hinter das Bett gekriecht und hatte sich mit dem Kopfe so unglücklich zwischen die Bettstöße und eine Thür geklemmt, daß der Tod in Folge Erstickens eintrat. Obgleich sich bei dem Tode noch Blutwärme zeigte, blieben die sofort angeordneten Wiederbelebungsbemühungen erfolglos.

Gestern leisteten die Rekruten des Königs-Regiments, heute die des 34. Regiments den Fahnenritt.

In der Zeit vom 31. Okt. bis 6. Novbr. sind hienütig 22 männliche, 16 weibliche, in Summa 38 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 19 Kinder unter 5 und 8 Personen über 50 Jahre.

+ Pollnau, 9. November. In der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. wurden die hiesigen Einwohner durch Feueralarm geweckt. Es brannten die dem Mühlendamm Herrn Maros gehörigen Mühlenwerke total ab. Bei dem starken Sturm war an Rettung der Gebäude gar nicht zu denken. Aus den unteren Räumen wurden noch mit großer Mühe die Möbel gerettet. Die Bediensteten des p. Maros, welche ihre Sachen alle oben hatten, haben nichts davon gerettet. Den größten Anstrengungen des hiesigen Feuerschiff-Kommandanten, Herrn Bürgermeister Bagels, ist es gelungen, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken und die Wirthschaftsgebäude zu retten. Aus dem Feuer heraus wurde eine noch recht gute Treppe und die ganz neue Mühlenbrücke gerettet. Den ganzen Schaden hat die Leipziger Versicherung zu tragen, deren Agent, der Kaufmann Carl Lüdke, sofort zur Stelle war. Ueber die Art der Entstehung des Feuers ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Mit Freuden sieht man schon der Bildung der freiwilligen Feuerwehr entgegen. Ein Komitee ist schon mit den Vorarbeiten beschäftigt. — Gestern versuchte der Arbeiter Naddapjesein Leben durch Erhängen ein Ende zu machen. Derselbe wurde aber durch einen andern Arbeiter, dessen Weg an der Stelle vorbeiführte, noch rechtzeitig losgeschnitten. A. erklärte aber nachher, daß er sich doch erhängen würde. — Sonntag früh verstarb hier nach langen, schweren Leiden der pensionirte Kammerer Bindemann.

Demmin, 9. November. Am Freitag, den 5. d. M., fand in Treptow a. T. die Beerdigung des daselbst verstorbenen Superintendenten Schumacher unter zahlreicher Theilnahme der Geistlichen und der Lehrer der Synode Treptow, sowie der Gemeinde-Mitglieder, statt. Der Verstorbene hat ein Alter von 74 Jahren erreicht.

### Bermischtes.

Berlin. Das sind die Folgen der Hebe, wie sie von Ehren-Söldern und Konfessionen betrieben wird. Wir sind schon glücklich bei den Straßenprügeln angelangt. Die dreiste Unverschämtheit, mit der die Antisemitenrudel vielfach schimpfend und provokierend auftreten, führt mit zwingender Nothwendigkeit zu Sanktionen, für die ganz allein die Hebersippe die Verantwortung hat. Eine solche Scene spielte jüngst in einem Pferdehahnenwagen in Berlin und hat in einer Disziplin-Untersuchung gegen einen Lehrer am Friedrichsgymnasium ihre Fortsetzung. Ein Dr. Förster, so heißt dieser Lehrer, der, nebenbei gesagt, auch die gegen die Juden gerichtete Petition unterschrieb, hat sich redlich eine derbe, schallende Ohrfeige verdient; die Affäre beschäftigt eben die Direktion jener Schule und dürfte bald auch den Grenzrath des Reserve-Offizierskorps beschäftigen, da der Herr Reserveoffizier ist. Der Vorfall wird in einem Briefe dargestellt, den

Herr Kantorowicz, der in der Lage war, den Herrn Förster — zurechtweisen zu müssen, an den Direktor des Friedrichsgymnasiums auf dessen Ersuchen richtete. Der Brief lautet:

Berlin, den 9. November 1880.

Hochgeehrter Herr!

Unter höflicher Bezugnahme auf die heute gedachte Unterredung erlaube mir nachstehend den Verlauf der bergegenen Affäre objektiv mitzutheilen.

Gestern gegen fünf Uhr Nachmittags bestieg ich in der Leipzigerstraße den nach der Behrenstraße fahrenden Pferdehahnenwagen. Ich kam in unmittelbarer Nähe der Herren Dr. Förster und Dr. Jungfer zu sitzen, die eine laut geführte Unterhaltung, die sogenannte Judenfrage betreffend, führten. Da mich die Sache nichts anging, so achtete ich wenig darauf, bis schließlich Worte, wie „jüdische Journalistenkammer“, „jetzt werden nicht mehr Worte gebraucht, es giebt jetzt deutsche Hebe“ (bestenfalls scharf accentuirt), „der 1. Januar 1881 wird schon bessere Resultate zeigen“ u. meine schärfere Aufmerksamkeit erregten. Der dicht besetzte Wagen leerte sich am Gendarmenmarkt theilweis und vertauschte ich meine noch besetzte Reize mit einem gegenüber gelegenen, leer gewordenen Platz. Ich saß neben Herrn Dr. Förster. Schon vorher hatte ein anscheinend jüdischer älterer Herr unter Zeichen des gegebenen Argernisses den Wagen verlassen. Neben Herrn D. Jungfer saß ein Herr Levin, ca. 50 Jahre alt. Die beiden Herren Doktoren mußten mich und Herrn Levin wohl als Juden erkannt haben, plötzlich sagte Herr Dr. F.: „Weißt Du schon, gestern war ich bei Stöcker, das ist doch ein wahrhaft deutscher Mann, der hat doch Charakter, den muß man in seinen Beschreibungen unterstützen, worauf Dr. Förster in allerdings vorzüglich genaueschelter Tonart erwiderte: „Na, Straßmannleben das ja schon abbekommen.“

In höchst indigirter Weise rief Herr Levin aus: „Diese Unverschämtheit geht denn doch zu weit“ u. während ich vor die Herren hintrat, ihnen erklärend, daß sie Beide ganz unverschämte Duben seien, von denen es eine Schande und Schmach sei, daß sie, anscheinend gebildete Leute, sich zum Sprachrohr solcher Hebertreuen machten, wofür sie eigentlich Dhaselgarn verdienen. Jetzt sprach Dr. Jungfer von dem am Endpunkte der Tour angelangten Wagen, sehr oft „Schumann“ rufend, herab. Ich stieg ebenfalls aus und Dr. Förster, wohl annehmend, daß ich mich „drücken“ wollte, rief mir einige bezügliche Worte zu. Mittlerweile war ich auf dem Trottoir angelangt und erwiderte Herrn Dr. F., daß ich weit entfernt sei, mich zu „drücken“, im Gegentheil mich sehr freuen, daß durch den Schumann seine Identität festgestellt werden würde, worauf dieser mir erwiderte: „Ach was, Sie sind ja nur ein Jude.“ Die Antwort darauf war eine kräftige Ohnmacht. An der Erörterung derselben wurde Herr Dr. Förster durch das Publikum, welches Angesichts der Provocation ohne Ausnahme für mich Partei nahm, verhindert. Drei Herren, von denen zwei Christen, gingen freiwillig mit zur Polizei, um mir als Zeugen zu dienen.

Nach einigen Minuten trat Dr. Jungfer an mich heran und sagte ungefähr Folgendes: „In der Eigenschaft als Karrikaturist wünsche ich Sie morgen in einer Ehrenjagd zu besuchen, ich hoffe von Ihrer „Ehrenhaftigkeit“, daß Sie zu Hause sein werden.“ Ich entgegnete, daß ich den Herrn zwischen 8 und 9 Uhr erwarten würde. — Statt dessen erschien „eingeschrieben“ nachstehender Brief an Herrn Kantorowicz, 109a Köpenickerstraße:

„Böllig unsatisfaktionsmäßig, wie Sie, theils auf Grund unserer Mittheilungen, nach dem Uebersicht aller sachkundiger Männer sind, steht mein Freund Herr Dr. phil. Jungfer es vor, sich nicht durch weiteres Benehmen mit Ihnen zu beschämen, sondern den Weg der Zivilklage zu beschreiten.“

gez. Dr. F. Förster.  
Was meinen satissaktionsfähigen Charakter betrifft, so können nur Zeugen etwas denselben Schädliches ausgeführt haben. Daß ich, nach dem was vorgegangen, es für selbstverständlich hielt, daß ein Duell erfolgen müsse, wird nach meiner bezüglichen Aeußerung wohl Niemand bezweifeln. Angesichts des erhaltenen Briefes existiren die beiden bergegenen Herren für mich natürlich nicht mehr.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit  
Edmund Kantorowicz,  
Köpenickerstraße 109a II.

Herr Förster ist übrigens wegen einer Hebescene, die er bei einem Ausfluge der Schüler provoziert, in Disziplin-Untersuchung.

Aristo's Kaiser der Roland. Illustrirt von Gustav Doré. Mit 81 großen Bildern und 525 in den Text gedruckten Holzschnitten. Metrisch übersezt von Hermann Kurz. Eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Paul Heyse. Monatlich in 2—3 Lieferungen à 1 Mk. 50 Pf. (Verlag von S. Schottlander in Breslau.)

Von diesem Prachtwerk in der weitgehendsten Bedeutung des Wortes liegen uns die ersten Lieferungen vor. Wir werden bald mitten hineingeführt in jenen wunderbaren Gesang Aristos, des größten italienischen Dichters nach Dante, von dem Goethe verkündet:

„Wer neben diesen Mann sich wagen darf,  
Verdient für seine Kühnheit schon den Kranz“  
und in der längst anerkannten trefflichen Uebersetzung von Hermann Kurz dringen mit herrlichem Vollklang die Verse uns ins Ohr, immer von Neuem unser lebhaftes Interesse für die bunten, sich großlos verschlingenden Ranken dieser klassischen Dichtung anregend. Aber auch die Meisterhand Paul Heyse's erkennen wir schon von Anfang an; seinem feinsinnigen, poetischen Sinne entgeht eben auch nicht die geringste Härte des Ausdrucks. Und

diesen Meistern allen hat nun ein vierter sich zugesellt — Gustav Doré; der weltbekannte Künstler führt auf dem Gebiete der Illustration hat dem Werke Aristos's reichen Bilderschatz gegeben. Was hiervon uns die beiden ersten Lieferungen bringen, zeigt ihn auf der Höhe seines Könnens, zeigt ihn in der Unerföhllichkeit seiner Phantasie, die ihn das Zierlichste wie das Erhabenste, jede Stimmung der Natur wie des Menschenlebens in genialer Auffassung zur Darstellung bringen läßt. Mit Spannung sehen wir der Folge dieser Doré'schen Illustrationen entgegen, ist doch gerade Aristos's Märchenepos für des Künstlers Eigenart ein ausgiebigster Stoff.

„Aristo's Kaiser der Roland“ in dieser Ausgabe ist ein Prachtwerk ersten Ranges, für dessen leichte Erreichung durch den billigen Preis wir der Verlagsanstalt aufrichtig dankbar sind. [236]

Negenhardt's Geschäftskalender für den Weltverkehr, Berlin, bei E. Negenhardt, ist soeben im 6. Jahrgange erschienen. Der Streifenkalender des Herausgebers, welcher mit jedem Jahre Verbesserungen an seinem Werke vornimmt, ist es gelungen, dasselbe nunmehr zu dem Besten zu gestalten, was uns auf dem Gebiete der Geschäftskalender-Literatur bekannt geworden ist. In seiner jetzigen Gestalt enthält das Buch außer einem eleganten Schreibe- und Notizkalender die Zoll- und Verkehrsanstalten (Post, Telegraph- und Dampfgeschäftsverbindungen) eines jeden Ortes, ein Adressbuch der bewährtesten Bankfirmen, Speditoren, der Gerichte, Advokaten und Gerichtsvollzieher, ferner der Konjunktur in allen neuemwerthen Orten der Welt; die wichtigsten statistischen Notizen über den Handel aller Nationen, mit genauer Angabe ihrer Handels- und Kriegsflootten, der hauptsächlichsten Ein- und Ausfuhrartikel und einer vergleichenden Statistik des gesamten Im- und Exports der leistungsfähigsten Jahre, geschöpft aus direkten, kompetenten Berichten und offiziellen Angaben. Die im vorliegenden Jahrgange angebaute Idee, an jedem wichtigeren Orte eine Zeitschrift zu bezeichnen, die sich bereit erklärt, einem jeden Abnehmer des Weltverkehrs für einen fest normirten kleinen Betrag über Geschäfts- und Kreditverhältnisse eines Hauses direkte Nachrichten zu geben, hat in dem neuen Jahrgange noch weitere Ausdehnung gefunden. Unter solchen Umständen dürften selbst die höchsten Ansprüche der Geschäftswelt an einen Kalender volle Befriedigung finden. [230]

### Telegraphische Depeschen.

Köln, 10. November. Der kommandirnde General des 8. Armee-Korps, General von Goben in Koblenz, ist an der Geschwulst erkrankt.

Wien, 10. November. Wie aus Cetinje verlautet, erhält bis heute Mittag die montenegrinische Regierung von den Türken keinerlei Eröffnung betreffs der angeblich bevorstehenden Uebergabe Dulcignos.

Wien, 10. November. Meldung der „Polit. Korrespondenz“:

In St. Petersburg, Gorka und Sangiorgio-Archin gegenwärtig 18 Bataillone Njamen (reguläre türkische Truppen) und 3500 Mann.

Peft, 10. November. Der Minister des Innern hat dem deutschen Theater-Direktor Müller die Abhaltung von Theater-Vorstellungen im ganzen Lande, mit Ausnahme von Pest, bewilligt. Gleichzeitig wurde dem Theater-Direktor Müller bedeutet, daß er sich bezüglich der Abhaltung von Theater-Vorstellungen in Pest an den Statthaltermann zu wenden habe, der ihm die Bewilligung erteilen werde, sobald er die Theater-Bewilligung von der autonomen Odo-Jurisdiktion ausgereicht habe.

Peft, 10. November. Die ungarische Delegation hat das Budget für die Marine mit einem geringen Abstrich genehmigt.

Brüssel, 10. November. Aus Anlaß der von dem Dekan von St. Gudule an die Kammer gerichteten Einladung, am 15. November dem Lebrum zur Feier des königlichen Patronatsfestes beizuwohnen, erinnerte Goblet, ein Mitglied der äußersten Linken, daran, daß die Bischöfe sich gewichtig haben, bei dem patriotischen Fest vom 16. August ein Lebrum zu celebriren, und fügte hinzu, daß es der Würde der Kammer widerstreiten würde, die bischöfliche Einladung anzunehmen. Die Kammer beschloß mit 47 gegen 26 Stimmen, sich nicht in corpore zu dem Lebrum zu begeben.

Paris, 10. November. Die Verhandlungen der verschiedenen Gruppen der Linken der Deputiertenkammer haben heute noch nicht zu einem Resultat geführt. Die Linke und das linke Centrum sind für das gegenwärtige Kabinet, die äußerste Linke ist dagegen. Von Seiten der „Union republicaine“ werden einige Vorbehalte gemacht und erklärt, daß das gestrige Votum der Deputiertenkammer kein Mißtrauensvotum sei, daß aber die gestrigen beschlossene Tagesordnung beibehalten sei. Die Verhandlungen sollen morgen fortgesetzt werden.

Rom, 10. November. Gestern empfing der Papst den Kardinal Jacobini. Die Aufregung an den italienischen Börsen dauert fort. Der Finanzminister berief alle Bankdirektoren zu einer Konferenz behufs Abhilfe der Krise nach Rom. Die hiesige Nationalbank beschränkte ebenfalls den Diskont. Die Regierung wird für den Besegentwurf auf Abschaffung des Zwangsfourrages in der Kammer die Dringlichkeit verlangen. Gestern fand die Sproy. Staatsrente 92,47, Gold 21,38.

London, 10. November. Bei dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, findet heute eine Sitzung des Kabinet-raths statt.

London, 10. November. Die heutige Sitzung des Kabinet-rathes hat wegen eines Unwohlseins Lord Granville's in dem Hause desselben stattgefunden.